

Es stellt sich vor:

**Jasmin Rawat - die neue Pressebeauftragte der Republikaner
Niedersachsen**



Ich bin 1992 in Münster, NRW geboren als Tochter einer Deutsch- Polin und eines Indischen Kochs, der als Angehöriger des englischen Militärs in Deutschland stationiert war.

1998 wanderte meine Mutter mit mir nach Polen aus. 2008 zog ich allein in die Heimat zurück, nach Hannover in Niedersachsen.

2012 absolvierte ich meine Ausbildung als Industriebuchbinderin, 2015 besuchte ich aus persönlichem Interesse eine 2-jährige Privatschule für psychologische Heilpraktiker.

Mein parteipolitisches Engagement begann 2019 als Mitglied der AfD, motiviert durch den miserablen Zustand der Deutschen Arbeiterklasse und der ansteigenden generalisierten Selbstdarstellungs-Hysterie der westlichen Gesellschaft, sowie der unbestreitbaren Privilegierung von Migranten im Kontext von Sozialleistungen, Strafverfolgung und kultureller Identität.

Ich betrachte diese Umstände als Resultat von schlechter Innen- ,Außen- und Wirtschaftspolitik der Altparteien.

Ich bin der Meinung, daß das Vertrauen des Volkes in die sozialen Instanzen und Organe des Gesetzes, sowie beständige gesellschaftliche Regeln das Fundament unserer Demokratie sind. Durch die Vernachlässigung der Bedürfnisse von deutschen Staatsbürgern als zusammen funktionierendes Kollektiv ist dieses Vertrauen verlorengegangen und es ist eine politische Aufgabe, es wiederherzustellen.

Warum ich Republikanerin bin

Die Republikaner sind ohne Frage die Wiege des Deutschen konservativen Politik- Spektrums mit einem Parteiprogramm, das dem eigenen Volke und seinem Grundgesetz im vollen Umfang ergeben ist.

Ethik und Moral brauchen keine Modernisierung und eine Republik braucht keine Alternative.

Als Pressebeauftragte des Niedersächsischen Landesverbandes der Republikaner möchte ich ein Sprachrohr der Partei sein, im Sinne ihrer Satzung und unserer Nationalen Werte.

Wofür ich mich einsetze:

- Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes,
- Dexit
- Aufhebung der gesetzlichen Unantastbarkeit für Personen im Asylverfahren
- Vorzug von deutschen Staatsbürgern und Familien bei Sozialleistungen
- Kontrollierter Ausstieg aus der Atomenergie
- Bildungsreformen zugunsten sozial schwacher Staatsbürger
- Widererweckung von Traditionsbewußtsein in der Gesellschaft